



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XVI/149 - 6. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Arbeit für Gesamtdeutschland</u> Zum Dritten Bericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung	114
3	<u>Wozu Gas?</u> Bremer CDU und Borgward-Werke	20
4	<u>Die Presse muss frei sein!</u> Zu einem Referat Erik Gillehausers vor Verlegern	43
5	<u>Nach dem Sturz Sukselainens</u> Schwerste Krise Finnlands seit 1948 Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	49
6 - 7	<u>Die "schwedischen Selbstmörder und Trinker"</u> <u>des Herrn Mende</u> Tatsachen widerlegen taktlose Bemerkungen	57

* * *

* *

Arbeit für Gesamtdeutschland

Zum Dritten Bericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung

Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, eine Schöpfung des verstorbenen Bundesministers Jakob K a i s e r , besteht seit neun Jahren. Seine Arbeit vollzieht sich in der Stille und ist an keine Weisung gebunden. Das sichert ihm völlige Unabhängigkeit von den Parteien, Wirtschaftsverbänden und von der Regierung. Er ist eine der wenigen überparteilichen Institutionen in der Bundesrepublik, in denen hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, unterstützt von einem verhältnismässig kleinen Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter, ständig die Frage untersuchen, was am "Tag X", dem Tage der Wiedervereinigung, geschehen muss, um die Verschmelzung beider Teile Deutschlands wirtschaftlich und sozialpolitisch möglichst reibungslos einzuleiten.

Dafür gibt es kein geschichtliches Vorbild. Mit jedem Tag wird der Graben des gespaltenen Deutschlands tiefer, vollzieht sich in beiden Teilen eine an absolut entgegengesetzten Ordnungsprinzipien sich orientierende Entwicklung: Freiheitliche Wirtschaft hier - kommunistische Zwangswirtschaft dort. Der Forschungsbeirat geht von der Voraussetzung aus, dass die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Ordnung erfolgt und dass die Wiedervereinigung kein einseitiger Akt, etwa in der Form einer Integration der sowjetisch besetzten Zone in die Bundesrepublik sein kann. Auch die 17 Millionen Bewohner der Zone, heute ihrer Stimme beraubt, zur Ohnmacht verurteilt, fremder Herrschaft unterworfen, werden ein gewichtiges Wort über die Einrichtung und Beschaffenheit des gemeinsamen Hauses zu sagen haben, das die getrennten Teile Deutschlands wieder unter einem Dach vereinigen soll.

Fülle von Umfragenmaterial

Der "Tag X" mag heute ausser Sichtweite liegen. Er liegt in Schosse einer ungewissen und dunklen Zukunft verdrungen. Dennoch entbindet nichts die politisch verantwortlichen Kräfte von der Pflicht, dahin zu wirken und dafür Vorbereitungen zu treffen, dass die Wiedervereinigung jederzeit vollzogen werden kann. Darauf konzentrieren sich die Arbeiten des Forschungsbeirates, dessen Dritter Bericht nun der deutschen Öffentlichkeit vorliegt.

Er umfasst die Zeitspanne von 1957 bis Mitte 1961 und ist wohl die genaueste Darstellung all' dessen, was sich im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich Mitteldeutschlands an Einschnitten und Veränderungen ereignet hat. Wollte der selbsternannte Diktator Ulbricht wissen, wie es in seinem Herrschaftsbereich aussieht, wie es um die Stärke und Schwächen der Industrie-

und Landwirtschaftsproduktion in der Zone bestellt ist, welche unvermeidlichen Folgen durch eine von oben gelenkte Wirtschaft eintreten müssen, so brauchte er nur diesen Dritten Jahresbericht des Forschungsbeirates zu lesen. Er stützt sich auf exakte Studien und Beobachtungen, auf offizielle, freilich mit entsprechender Reserve zu wertenden sowjetzonale Statistiken, kurzum auf eine Fülle von Tatsachematerial, dessen Kenntnis unentbehrliches Rüstzeug jedes sich mit der Wiedervereinigung befassenden Politikers sein muss.

Verstärkte Bolschewisierung

Der Bericht bleibt dem Prozess der wachsenden Bolschewisierung Mitteldeutschlands dicht auf der Spur; das Kapital über die Kollektivisierung der mitteldeutschen Landwirtschaft etwa enthüllt in schonungsloser Härte die Tragödie deutscher Bauern, denen genommen wurde, was Generationen vorher mit ihrem Schweiß und ihrer Hände Arbeit schufen. Die Bauernbefreiung, einst die grösste Errungenschaft des napoleonischen Zeitalters, Glanzstück der Reformen des Freiherrn vom Stein, haben die Machthaber Pankows, sowjetischen Vorbild folgend, wieder rückgängig gemacht, indem sie den früheren Herren der Scholle zum Sklavenarbeiter degradierten. Nun droht den Handwerker die gleiche Schicksal, die letzten Reste der ohnehin schon stark eingeschränkten Unabhängigkeit privaten Unternehmertums sollen beseitigt werden und im Sog eines allmächtigen Kollektivs untergehen, ein wahrhaft erschütternder Prozess von unübersehbarer Tragweite.

Undogmatische Einstellung

Der Forschungsbeirat kann von seiner Ursprung und von seiner Zielsetzung her keine Politik machende Körperschaft sein, kann nicht von sich aus die Wege, die zur Wiedervereinigung führen, öffnen. Er vermeidet auch die Behandlung von Verfassungs- und Verwaltungsfragen, fallen diese doch in die Zuständigkeit des gesamtdeutschen Gesetzgebers. Er kann auch nicht darüber entscheiden, was in einem wiedervereinigten Deutschland mit dem vom Ulbrichtstaat widerrechtlich enteigneten Grund und Boden geschehen soll. Der Forschungsbeirat kann nur praktikable Empfehlungen ausarbeiten, deren Durchführung für eine nicht genau zu fixierende Übergangszeit die schmerzlose, Erschütterung vermeidende Anpassung gewährleisten.

Es zeugt von der völlig undogmatischen Einstellung des Forschungsbeirates, wenn es in seinen Empfehlungen für eine Übergangsregelung auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge in Mitteldeutschland u.a. heisst:

Die Leistungen, die die regelmässige Vorsorgeuntersuchung und Beratung der Schwangeren und Wöchnerinnen voraussetzen, sollen fortgeführt werden;

die gesundheitlichen Massnahmen zugunsten von Kleinkindern, Schulkindern und Jugendlichen vom 3. bis 18.

Lebensjahr sind in dem bisherigen Umfang zu gewährleisten;

die für die Ausbildung der Fachberufe des Gesundheitswesens erlassenen fachlich notwendigen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften bleiben in Kraft.

Diese wenigen Zitierungen machen erkennbar, wie ernst es dem Forschungsbeirat auch damit zu tun ist, das, was die Herren von Pankow soziale Errungenschaften nennen, in einem wiedervereinigten Deutschland bestehen zu lassen, soweit sie der Prüfung standhalten.

Bestimmende Motive

Der Forschungsbeirat ist zu seinem Bericht zu beglückwünschen. Seine nun schon neun Jahre dauernde Arbeit ist wohl der überzeugendste Beweis dafür, dass es möglich ist, trotz verschiedener politischer Einstellung der in ihm wirkenden Persönlichkeiten im redlichen Bemühen um Bestandsaufnahme zu gemeinsamen Einsichten und Folgerungen zu kommen. Patriotismus, Liebe zum eigenen Volk und der Glaube, dieses Volk dürfe sich nicht selbst aufgeben und die von aussen verfügte Trennung als unwiderruflich hinnehmen, bestimmen sein Tun und seine Aufgabe. Als überparteiliche Instanz nimmt der Forschungsbeirat im politischen Leben der Bundesrepublik eine -erfreuliche- Sonderstellung ein. Seine Berichte finden verdientermaßen auch im Ausland starke Beachtung, sie sind ein wertvoller Bestandteil objektiver Urteilsbildung. Der Forschungsbeirat leistet unerlässliche Arbeit für Gesamtdeutschland, das zu erreichen unser aller Ziel ist, so schwer auch der Weg dorthin sein mag.

* * *

Wozu das?

sp - Der Bremer Senat hat sehr viel Mühe und Geld aufgebracht, um die Borgward-Werke wieder konkurrenzfähig zu machen, nachdem der früheren Leitung dieses Unternehmens mit rund 20 000 Beschäftigten schwere Kalkulationsfehler unterlaufen waren. Der Senat konnte und durfte nicht untätig bleiben. Er hat auch nicht erwartet, dass die Bundesregierung sich an der Hilfsaktion beteilige, wohl aber, dass Bonn bei der Auftragserteilung auch die Borgward-Werke berücksichtige. Die bisher erteilten Aufträge betragen eine vierstellige Summe, was bei einem Unternehmen dieser Grössenordnung gleich Null ist; in einem anderen Falle erwies sich der Bund viel grosszügiger. Ist diese mangelnde Hilfsbereitschaft etwa auf die Hoffnung zurückzuführen, dem sozialdemokratisch geführten Senat eins auswaschen zu können? Dieser schwere Verdacht wird durch Äusserungen der Bremer CDU-Bundestagsabgeordneten Müller-Hermann und Karl Krammig verstärkt, die den Eindruck zu erwecken versuchten, als stünden die Werke vor der Liquidation. Solche Äusserungen sind wohl geeignet, die Bemühungen des Senats um die Weiterführung und Sicherung der Werke zu erschweren. Wenn das die Absicht ist, dann spricht daraus eine erschreckende parteiegoistische Verblendung. Sie wird der Bremer CDU bei den nächsten Wahlen nicht zugute kommen.

* * *

Die Presse muss frei sein!

Zu einem Referat Erich Ollenhauers vor Verlegern

sp- Erich Ollenhauer hat am Mittwoch in Frankfurt vor sozialdemokratischen Verlegern in einem Referat eine interessante Bemerkung gemacht, die es verdient, festgehalten zu werden. Der SPD-Vorsitzende sagte, unabhängig von der politischen Grundhaltung einer Zeitung und auch völlig unabhängig von der politischen Einstellung ihres Verlegers oder der Redakteure habe die Presse im demokratischen Staat die Pflicht, bei der Darstellung des politischen Geschehens das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden. Die Schilderung von Vorgängen, die im positiven Sinne Hinweise auf das selbständige politische Denken des Staatsbürgers geben, dienen der Festigung der Demokratie mehr als der oft krampfhaft wirkende Versuch, "in Sensation machen" zu wollen.

Ollenhauer deutete damit an, dass die demokratische Presse, ganz gleich welcher Richtung, der Allgemeinheit gegenüber Verpflichtungen hat, die ihr niemand abnehmen kann. Er berührte damit auch ein von Soziologen und Zeitungswissenschaftlern immer wieder diskutiertes Problem: Die gerade in jüngster Zeit gestellte Frage, ob "Die Zeitung" aus geschäftlichen Gründen dem Geschmack des sogenannten Durchschnittslesers entgegenkommen muss, oder ob sie aus eigener Kraft eine Zwischenstellung einnehmen kann, die es ihr sowohl erlauben würde, dem Sensations- und Informationsbedürfnis Genüge zu leisten, wie auch ihrer Öffentlichkeitsaufgabe im Sinne der Festigung des demokratischen Staates gerecht zu werden.

Das "Ei des Kolumbus" zu finden, ist selbstverständlich nicht einfach. Der Zeitungsleser hat einen Anspruch darauf, möglichst umfassend über das Geschehen in der Welt unterrichtet zu werden. Der Zeitungsleser will auch nicht gegängelt sein, er erwartet von "seiner Zeitung" das Maximum an moderner Darstellungsweise, wobei er voraussetzt, dass die Redaktion eine bessere Übersicht über das Geschehen hat als er selbst. Der Leser gibt also "seiner Zeitung" gewissermassen einen Blankoscheck für die Bewertung dieses oder jenes Ereignisses, wodurch die Verantwortung des einzelnen Redakteurs als Mitgestalter der demokratischen Bewusstseinsbildung eines jeden Staatsbürgers sehr bedeutsam wird.

Voraussetzung für die Erfüllung dieser grossen Aufgabe einer modernen Zeitung im demokratischen Staat ist die Erhaltung, Sicherung und der Ausbau der demokratischen Freiheit. Diese Grundeinstellung schliesst die Bevormundung der Presse durch Staat, Parteien, wirtschaftliche oder andere Institutionen aus. Jeder dieser Gruppen kann im edlen Wettbewerb miteinander die Fülle des Nachrichtenstoffes steigern helfen. Ziel dieser Arbeit soll und kann jedoch nicht das Dominieren über den anderen sein, sondern der Anreiz zur Variation, zur richtigen Gegenüberstellung des aus verschiedenen Richtungen Gesagten und Geschriebenen.

Diese Vorstellung von der Weiterentwicklung der Pressefreiheit, wie sie von Erich Ollenhauer mit wenigen schlichten Worten angedeutet wurde, ist in ihrer Substanz die Erfüllung unseres Grundgesetzes mit dem pulsierenden Leben einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

* * *

Berichtigter Irrtum: In dem gestern von uns veröffentlichten Vorschau-Artikel zur Frauenkonferenz der SPD in Oberhausen muss es auf Seite 3, Absatz 3 anstatt "nicht zugunsten der Frauen" heissen: "nicht zu ungun-sten der Frauen". Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. Die Redakti-

Nach dem Sturz Sukselainens

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster.

Der durch sensationelle Umstände erzwungene Rücktritt der Regierung Sukselainen hat in Finnland eine politische und parlamentarische Krise entfacht, die als die schwerste seit vielen Jahren betrachtet wird und tiefe Schatten über das schon vorher angespannte Verhältnis zwischen der Agrarpartei Sukselainens und den Oppositionsparteien wirft. Die Forderung nach Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen zum Riksdag, die bisher von der Agrarpartei-Regierung abgelehnt wurde, erhebt sich mit erhöhter Stärke und findet in der Oppositionspresse einen fast eindeutigen Widerhall. Aber gerade wegen des strengen Strafurteils über Professor Sukselainen und andere prominente Regierungspolitiker, das zur Demission der ganzen Regierung führte, befindet sich die Agrarpartei in einer so bedrängten Lage, dass sie noch weniger als zuvor geneigt ist, sich den Wählern zu stellen.

Der Sturz Sukselainens hat zwei Fragen von überragender Bedeutung aufgeworfen. Erstens ist eine Diskussion darüber entbrannt, wie man den angeblichen "vielen politischen Skandalen" Einhalt bieten kann, zweitens erhebt sich das Problem, welche Wirkungen der Fall Sukselainen auf die Präsidentenwahlen nächsten Jahres ausüben wird. Der derzeitige Staatschef, Urho Kekkonen, stellt sich zur Wiederwahl, als Gegenkandidat ist der kürzlich in den Ruhestand getretene Justizkanzler Olavi Honka von der sozialdemokratischen Partei mit Unterstützung der drei bürgerlichen Oppositionsparteien nominiert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass es der Justizkanzler war, der in seiner Eigenschaft als oberster Hüter der Gesetzlichkeit die Voruntersuchung gegen Sukselainen und 16 andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens veranlasste, und dass die Regierung, als Honka kurz darauf, da seine Amtszeit wegen des erreichten Pensionsalters abgelaufen war, und er um Verlängerung der Amtsperiode bat, dies ablehnte. Der Mann, der im Zuge seiner Amtspflichten den politischen Sturz Sukselainens herbeiführte, hat nunmehr in seiner Eigenschaft als Präsidentschaftskandidat seine Stellung ungesucht gestärkt, und die Aussicht, dass er Präsident Kekkonen besiegen kann, hat sich erhöht. In der finnischen Presse wird zugegeben, dass Sukselainen sich in der Affäre, die zu seinem Rücktritt führte, keine persönlichen Vorteile verschafft hat. Als Generaldirektor der Volkspensionsanstalt war er aber nach dem gefällten Urteilsspruch verantwortlich dafür, dass mit billig verzinnten Geldern gebaute Wohnungen an rund 300 Angestellte der Pensionsanstalt und andere zu verbilligten Mietpreisen vergeben wurden, weshalb er zur Niederlegung seines Postens als Generaldirektor verurteilt wurde. Sukselainen bestreitet seine Schuld und hat Berufung beim obersten Gericht eingelegt, musste aber wegen des politisch-moralischen Charakters der Krise sofort als Ministerpräsident zurücktreten.

Präsident Kekkonen, der ehemalige Vorsitzende der Agrarpartei, steht vor der Aufgabe, die Regierung zu rekonstruieren. Als amtierender Nachfolger Sukselainens führt der bisherige Innenminister Luukka die Regierungsgeschäfte weiter. Eine vorläufige Klärung wird frühestens Anfang der kommenden Woche erwartet, aber den Überblick über die eigentlichen politischen Konsequenzen wird man erst haben können, wenn das Parlament vom Sommerurlaub zurückgekehrt ist.

* * *

Die "schwedischen Selbstmörder und Trinker" des Herrn Mende

Tatsachen widerlegen taktlose Bemerkungen

sp - FDP-Spitzenreiter Dr. Eri ch M e n d e hat sich kürzlich in einer Fernsehsendung die besondere Geschmacklosigkeit geleistet, die angeblich höchste Selbstmordziffer und die grösste Anzahl der in Trinkerheilanstalten Eingewiesenen in der Welt im befreundeten sozialdemokratisch regierten Schweden als "Beweis" für das "Versagen des Sozialismus auf allen Ebenen" heranzuholen. Wo sich Herr Mende die "Unterlagen" für seine mehr als taktlosen Bemerkungen über Schweden beschafft haben mag, ist unerfindlich. Die Tatsachen widersprechen in jeder Hinsicht den Behauptungen Mendes. Diese T a t s a c h e n sehen so aus:

Anzahl Selbstmorde auf 100 000 Einwohner in einigen Ländern

<u>Land:</u>	<u>Frequenz:</u>	<u>Jahr:</u>
Österreich	23,9	1957
Dänemark	22,5	1956
Finnland	21,9	1957
Schweiz	21,6	1956
Schweden	20,1	1956
Bundesrepublik Deutschland	18,6	1956
Frankreich	16,5	1957
England und Wales	11,8	1956
USA	10,0	1956
Norwegen	7,2	1956

Es kann hinzugefügt werden, dass die Selbstmordfrequenz speziell in Schweden im Laufe der Jahre keine grösseren Veränderungen aufweist. Das dürfte aus untenstehender Übersicht hervorgehen. Hinzuzufügen ist, dass die Frequenz für 1958, das letzte Jahr, für welches Angaben vorliegen, 17,3 betrug.

Jährliche Anzahl Selbstmorde in Schweden auf 100 000 der
mittleren Einwohnerzahl 1911 - 1955

	<u>Männer</u>	<u>Frauen</u>	<u>Beide Geschlechter</u>
1911 - 1915	28,12	6,34	16,99
1916 - 1920	19,45	5,50	12,34

1921 - 1925	23,44	5,66	14,39
1926 - 1930	24,78	5,64	15,09
1931 - 1935	26,88	6,26	16,44
1936 - 1940	25,69	7,03	16,27
1941 - 1945	22,49	7,07	14,73
1946 - 1950	22,98	7,48	15,20
1951 - 1955	26,44	8,15	17,26

Alkoholverbrauch in einigen Ländern

Die in Liter umgerechneten Angaben sind nicht völlig vergleichbar, u.a. deshalb, weil der Alkoholgehalt einiger ausländischer Biersorten etwas zu variieren pflegt. Für Grossbritannien fehlen die Angaben über den Weinverbrauch.

<u>Land</u>	<u>Liter pro Einwohner</u>			<u>Liter Reinalkohol pro Einwohner</u>	<u>Angaben beziehen sich auf das Jahr</u>
	<u>Alkohol</u>	<u>Wein</u>	<u>Bier</u>		
Frankreich	3,5	140,0	23,0	18,0	1955
Schweiz	3,0	33,9	48,5	8,4	1950-55
Belgien	1,4	7,5	114,0	6,6	1957
USA	4,2	3,4	57,6	5,6	1958
Grossbritannien	1,1		80,2	4,5 *)	1958
Schweden	6,0	2,8	26,6	3,7	1958

*) Exkl. Wein

in Schweden

Der Verbrauch alkoholhaltiger Getränke hielt sich in den Jahren 1950 - 1954 auf 3,6 - 3,7 Liter Reinalkohol je Einwohner. 1956, im ersten Jahr nach Aufhebung der Rationierung, stieg die Zahl auf 4,4. Danach ging der Verbrauch wieder auf ungefähr dasselbe Niveau wie während der Zeit mit beschränktem Alkoholkonsum zurück.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel